

Meinung

DER KEIM DER HERRSCHAFT

CN: Mobbing, Diskriminierung, Entmenschlichung, Täter*innen-Opfer-Umkehr

Ich beziehe mich auf den Artikel „Bull*in = Mensch“ vom 24.05.2019 aus der Ausgabe Nummer 15, dem ich vollkommen zustimme. Ich möchte hier ergänzend auf zwei weitere Aspekte eingehen, die meiner Meinung nach ebenfalls bei der Haltung „Für mich sind Bull*innen keine Menschen“ mitschwingen und die in oben genanntem Artikel einmal nur sehr kurz und einmal nicht zur Sprache kamen.

Im Artikel wird angerissen, dass eine solche Aussage den*die Äußernde*n dieses Satzes moralisch über den*die Bull*in erhebt. „Wozu das führen kann? Nun, das haben die Deutschen vor ’45 ausgiebig erforscht, als sie diverse Personengruppen zunächst entmenslichten und dann vernichteten.“ Diese sehr drastische Aussage scheint mir den Nagel auf den Kopf zu treffen, ich möchte mich dennoch noch etwas länger damit auseinandersetzen, wie diese moralische Erhebung funktioniert und welche Implikationen sie hat. Wenn eine Person eine solche Aussage trifft, grenzt sie sich von der kritisierten Person ab. Ich gehe jetzt einfach mal davon aus, dass diese Person für sich den Begriff „Mensch“ beansprucht und in diesem Kontext positiv meint. Wenn wir betrachten in welchem Zusammenhang Personen noch in „Mensch“ und „Un-Mensch“ eingeteilt wurden, so kommt einer*m natürlich Rassismus in den Sinn, Antisemitismus und behindertenfeindliche Diskurse ebenso wie die Abwertung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Dabei standen und stehen bis heute die Sympathien nie auf der Seite derer, die nicht als „richtige Menschen“ und damit als „nicht normal“ betrachtet wurden und werden. In diesem Denkmuster zu verbleiben bedeutet, dieses zu reproduzieren. Es wird nicht besser, wenn die Gruppe, die mit solch einer Entmenschlichung bedacht wird, keine marginalisierte Minderheit und auf jeden Fall kritikwürdig ist. Als Person, die bereits damit konfrontiert war, dass Menschen sie nicht als Menschen wahrgenommen haben, ist es äußerst gruselig so einen Satz aus dem Mund einer wie mensch dachte reflektierten und gegen Diskriminierung kämpfenden Person zu hören. Denn das bedeutet, dass dieser Person nicht klar ist, was für eine repressive Geschichte und was für eine Macht so eine Idee hat und wie sehr sie das Leben einer Person zur Hölle machen kann. Dabei geht es besonders darum auf welcher Seite sich die*der Sprecher*in positioniert. Nämlich auf der Seite der „Menschen“, der „Guten“, der „Normalen“, nicht „irgendwelcher einzelner Spinner“ oder von „Freakos“ (letzte sind zwei Zitate, die ich in den letzten Wochen in linken Zusammenhängen gehört habe und die abwertend gemeint waren). Egal, wen ich durch eine solche Abgrenzung ausschließen will; ich stelle mich auf die Seite einer normierenden und sich als Norm betrachtenden Mehrheit, und über

eine andere Person oder (von mir konstruierte) Personengruppe.

Das führt mich zu dem anderen Aspekt, der im Artikel „Bull*in = Mensch“ keine Erwähnung findet: das Phänomen der Täter*innen-Opfer-Umkehr. Nicht den Bull*innen gegenüber. Doch ich betreibe Täter*innen-Opfer-Umkehr, indem ich mich eines solchen Diskurses bediene, um Bull*innen zu delegitimieren. Irgendein Rapper (ich weiß nicht mehr welcher und es ist mir auch egal) meinte mal über Bull*innen sinngemäß (an den exakten Wortlaut kann ich mich nicht mehr erinnern): „Ich weiß ja nicht wie man Bulle werden kann, wahrscheinlich ist er als Kind gemobbt worden...“ Und erst letzters hörte ich ebenfalls in linken Kontexten, wie eine Person über einen bestimmten Bullen meinte, dass „diesen bestimmt noch nie jemand mochte“ und „dass er bestimmt einer derjenigen gewesen sei, der immer in der Ecke gesessen hat und mit dem niemand reden wollte“. Als ich das hörte, war das wie ein Schlag in den Magen, denn ich war eines dieser Kinder gewesen. Wusstet ihr übrigens, dass Hitler nur Nazi-Diktator geworden ist und Arier so toll fand, weil er als Kind mal von blonden Jungs verhaun und ausgelacht wurde? So zumindest suggeriert es eine fiktive Kurzgeschichte über Hitlers Jugend. Wir Gemobbtten, wir Ausgelachten, Marginalisierten, Entmenslichten, wir sind laut diesem Diskurs die Täter*innen von morgen. Wer aber über die Kinder (und auch Erwachsenen) lacht, die damals wie heute in Ecken sitzen und ausgeschlossen werden, der wird wohl auch über diejenigen gelacht haben, die er*sie selbst in Ecken hat sitzen sehen. Wer sich als „Mensch“ betrachtet im Gegensatz zu „Freaks“, der war und ist der*die eigentliche Täter*in. Wenn es um die Verurteilung von Taten geht, die jemensch begangen hat, bei Bull*innen wie auch bei Nazis oder bei anderen, ist es sehr beliebt, sich von diesen Täter*innen zu distanzieren, indem sie als „anders“, „(psychisch) krank“ oder „gemobbt“ einkategorisiert werden, während mensch selbst ja „menschlich“ und „normal“ und „gesund“ sei. Dabei entlarven sich diese Menschen als Anhänger*innen desselben diskriminierenden Denkmusters, das Grundlage für die meisten so von sich gewiesenen Taten ist: dass nämlich die Ausgeschlossenen und Marginalisierten für egal welches Übel verantwortlich seien.

Täter*innen seien die, die mal Opfer waren. Gleichzeitig wird durch solch einen Diskurs die Verachtung gegenüber den Ausgeschlossenen perpetuiert. Die Ablehnung, die sie damals erfahren haben, ist immer noch genauso vorhanden. Letzten Endes hat sich an der Ausgrenzung derjenigen, „mit denen niemand reden wollte“, nichts geändert. Eigentlich müsste jede*r, der*die Diskriminierung als Unterdrückungsmuster erkannt hat, immer auf der Seite derjenigen stehen, „mit denen niemand reden will“. Natürlich kann, wer ausgegrenzt wurde, auch zur*zum

Täter*in werden. Ebenso können Täter*innen auch zum Opfer werden, so können auch Bull*innen Opfer von Mobbing durch ihre eigenen Kolleg*innen oder Vorgesetzten werden. Gleichzeitig können sie durch Ausübung ihres Jobs zum*zur Täter*in werden. Das Eine hat aber mit dem Anderen nichts tun, das Eine bedingt nicht das Andere. Täter*innen und Opfer von Ausgrenzung und Unterdrückung machen sich nicht gegenseitig fertig, immer wechselnd in ihrer Rolle, während die „Anderen“, die „Unbeteiligten“, die „Menschen“, die „als Antifaschisten Geborenen“ sich ratlos am Kopf kratzen über dieses „unmenschliche“ Treiben.

Jede*r hat bis zu einem gewissen Grad die Wahl wie er*sie mit anderen Menschen umgeht, für welche Rolle in diesem System mensch sich entscheidet. Wer sich dafür entscheidet, die Herrschaft des Staates aufrechtzuerhalten, muss mit aller Macht bekämpft werden. Jedoch ist eine Person, die sich für Herrschaft entscheidet, in ihrem Wesen nicht anders als eine Person, die sich dafür entscheidet, Herrschaft immer und überall zu bekämpfen. Wer beginnt solch eine Unterscheidung – die in „Mensch“ und „Nichtmensch“ – zu treffen, trägt bereits bzw. immer noch den Keim von Herrschaft in sich. Denn solch eine Unterscheidung war schon immer wichtig, um die Ausübung von Herrschaft zu begründen.

TERMINE UND
VERANSTALTUNGEN VOM
08.06. BIS 16.06.

Sa., 08.06. Kafe Marat
Straßenfest

13 bis 21 Uhr // Kafe Marat // Thalkirchnerstraße 102

Sa., 08.06. Geburtstag: Drei
Jahre Frevel!

15 bis 19 Uhr // Frevel // Zenettistraße 27

Do., 13.06. Offener Mittagstopf
der Soliküche München

13 bis 14 Uhr // Ligsalzstraße 8

Öffnungszeiten der anarchis-
tischen Bibliothek Frevel

Di. 17 - 21 Uhr
Sa. 15 - 19 Uhr
Zenettistraße 27 (Hinterhof)

GRAFFITO DER WOCHE



Wer als Anarchist*in in der Öffentlichkeit seine*ihre Ablehnung von Herrschaft regelmäßig kundtut, von Anarchist*innen regelmäßig besuchte Orte aufsucht oder gar bei einem Akt der Sabotage erwischt wird, die*der muss damit rechnen, sich früher oder später vor Gericht wiederzufinden. Immer schuldig im Sinne der Anklage als Feind*in des Bestehenden.

Dabei sind Gerichtsprozesse alles andere als harmlos, haben sie doch weitreichenden Einfluss auf unser Leben. Sie bedingen Geld- und Haftstrafen und verweigern wir uns ihnen, können wir sicher sein, dass die Bull*innen kurze Zeit später mit einem Haftbefehl vor unserer Tür stehen – so sie denn wissen, wo wir wohnen. Da ist es kein Wunder, dass viele auch dann Angst vor Gerichtsverfahren haben, wenn ihnen eigentlich klar ist, dass die gesamte Strafjustiz ausschließlich den Zweck verfolgt, einzuschüchtern und uns davon abzuhalten, zu Straftäter*innen im Sinne ihres Verständnisses zu werden.

Wenn wir nicht wollen, dass uns diese Angst lähmt, unser Handeln durch Gesetze eingeschränkt wird und sich der Widerstand gegen dieses Scheißsystem im Sande verläuft, brauchen wir Ansätze, mit denen wir die möglichen Folgen von Repression so gut wie nur möglich abfangen, kollektivieren und denjenigen, die schließlich dennoch individuell von Repression betroffen sind, unsere Solidarität entbieten. Wichtig ist dabei auf der einen Seite, dass es uns gelingt, die Bedürfnisse des von Repression betroffenen Individuums zu berücksichtigen, und auf der anderen Seite, dass wir dem Versuch des Staates, Individuen gegeneinander auszuspielen, kollektiv nicht stattgeben.

Das sollte eigentlich kein Widerspruch sein, schließlich darf ich grundsätzlich von jeder*jedem, die*der sich Anarchist*in nennt, erwarten, dass er*sie keine andere Person, erst recht keine*n Freund*in oder Gefährt*in an die staatlichen Repressionsbehörden verrät. Aber natürlich hat auch das Grenzen. Folter beispielsweise bringt Menschen an die psychischen und physischen Grenzen ihrer Belastbarkeit. Wer unter diesen Umständen einbricht und Informationen preisgibt, tut das mit Sicherheit nicht freiwillig! Grundsätzlich jedoch – und in den

meisten Fällen funktioniert das auch sehr gut – arbeitet mensch als Anarchist*in nicht mit den Repressionsbehörden zusammen, mensch verweigert sich ihnen und ihrer Arbeit wo immer möglich und verhindert so nicht nur, dass andere Personen gefährdet werden, sondern meist auch, dass mensch sich selbst belastet und dadurch der Nachweis einer bestimmten Tat gelingt.

Nachdem ich nun geklärt habe, dass ich es für selbstverständlich halte, andere Menschen – egal ob bewusst oder durch unüberlegte Äußerungen – nicht an Repressionsbehörden auszuliefern, möchte ich mich nun einem ganz anderen Aspekt zuwenden; und ich finde dass ich mich genötigt fühle, das zu sagen sagt an sich bereits viel darüber aus, wie ideologisiert die Debatte um das richtige Verhalten vor Gericht, zu der ich im folgenden beitragen möchte, geführt wird.

In linksradikalen und anarchistischen Zusammenhängen existieren ungeschriebene Regeln, wie ein Prozess im Zusammenhang mit sogenanntem „politischem Aktivismus“ denn nun richtig zu führen ist. Ungeschrieben stimmt eigentlich nicht, denn die „Rote Hilfe“ in ihrem Verlangen danach, einheitliche Regeln dafür festzulegen, wen sie unter welchen Umständen unterstützen – und wen nicht – war sich durchaus nicht zu blöd, eine Art Regelwerk niederzuschreiben, wie ein Prozess denn nun zu führen sei (vgl. bspw. hier).

Jedenfalls gelten etwa Entschuldigungen für Taten als Unding. Einer der Gründe: Gerichtsverhandlungen werden als öffentlicher Raum aufgefasst, eine Entschuldigung in diesem Rahmen komme einer Distanzierung und damit einer Entpolitisierung oder Delegitimierung der eigenen Tat gleich.

Nun, das entspricht in etwa dem Selbstverständnis, das Gerichte von sich haben: Gerichtsverfahren finden in der Öffentlichkeit statt und die Öffentlichkeit ist aufgerufen, sich davon zu überzeugen, dass diese Verfahren fair sind, dass die schließlich Verurteilten auch wirklich „Übeltäter*innen“ sind und dass sie ihr Urteil verdient haben. Für manche Verfahren stimmt das gewissermaßen, sie werden von Journalist*innen besucht, die dann schließlich

berichten, wie das Verfahren verlief, wie es ausging und was sie so davon halten. Andere Verfahren wiederum sind entweder nur von Verfahrensbeteiligten besucht, oder werden höchstens von einigen Freund*innen der*des Angeklagten und vielleicht ein paar Bull*innen beobachtet. Aber egal wie nun ein Verfahren konkret aussieht, müssen wir einem solchen Verfahren wirklich den öffentlichen Rahmen einräumen, den es für sich beansprucht?

Und wenn nicht: Was spricht dagegen, das Gericht zu belügen und zu betrügen? Ein Beispiel: Person A steht vor Gericht, weil sie eine andere Person N ins Gesicht geschlagen hat, nachdem diese rassistische Parolen von sich gegeben hat. Nun ist – zumindest für das Gericht – bereits klar, dass die Tat so stattgefunden hat, es geht also nur noch darum, welche Strafe A nun zu erwarten hat. A, die Anarchistin ist, tut ihre Tat natürlich kein bisschen leid, aber warum sollte sie sich nicht bei N in Anwesenheit des Gerichtes für ihre Tat entschuldigen, wenn ihr das eine mildere Strafe einbringt und damit beispielsweise ein Jahr Knast erspart?

Ich möchte nicht behaupten, dass vor Gericht vorhersehbar wäre, ob eine Entschuldigung tatsächlich den gewünschten Effekt hätte, ich glaube vielmehr, dass die Justiz entgegen ihres eigenen Verständnisses willkürlich und unberechenbar handelt. Trotzdem würde ich A den Versuch, eine mildere Strafe zu bekommen, zugestehen, wenn sie das denn möchte. Dem allgemeinen Diskurs zufolge jedoch wäre eine Entschuldigung von A verwerflich. Warum? Sicher, die Botschaft „Nazis müssen sich darauf einstellen, verprügelt zu werden, wenn sie ihre Gesinnung verbreiten“ fände ich auch besser als die Botschaft „Auch Nazis sollte mensch nicht schlagen“. Aber ist es diese Botschaft wert, dafür ein Jahr in den Knast zu gehen? Ich finde nicht. Zumindest nicht, wenn A sich lieber entschuldigen möchte, als in den Knast zu gehen. Und wer hat da das Recht, diese Entscheidung von A in Frage zu stellen?

Und wer mir hier mit dem Argument kommt, As Entschuldigung würde – von der Presse aufgegriffen – zu einer Delegitimierung einer ganzen Bewegung führen, die*der möge doch einmal das eigene Verhältnis zur Presse hinterfragen: Wann versucht die Presse denn nicht, Anarchist*innen zu delegitimieren? Was erwarten wir als Anarchist*innen also von der Presse und dem was sie berichtet? Sicher ist eine Entschuldigung gewissermaßen das Eingeständnis eines Fehlers und sicher erweckt eine solche Entschuldigung nicht gerade den Eindruck, dass A davon überzeugt ist, dass es richtig ist, Nazis zu verprügeln, aber das ist und bleibt Sache von A. Wer meint, sich hier mit Argumenten à la „das delegitimiert eine ganze Bewegung“ einmischen zu müssen, die*der stellt jene „Bewegung“ über ihre Individuen und das sollte einer*einem schon zu denken geben.

Meines Erachtens sollten wir bei Debatten darum, wie Gerichtsprozesse zu führen seien, aufhören, bestimmte Strategien auf- und andere abzuwerten. Stattdessen sollten wir Betroffenen von Repression zugestehen, einen eigenen Umgang zu finden, mit dem sie sich wohlfühlen. Statt auf Dogmen basierende Regelsets für das richtige Verhalten vor Gericht niederzuschreiben, wäre es doch sinnvoller, über die Funktionsweise

von Repression und der von Gerichtsverfahren aufzuklären, uns gegenseitig zu unterstützen, wenn eine*r von uns von Repression betroffen ist und allen die Sicherheit zu geben, dass sie sich im Kampf gegen Repression auf unsere Unterstützung verlassen können – und zwar egal ob sie sich dazu entscheiden, den „öffentlichen Raum“ des Gerichts anzuerkennen oder sich eben diesem zu verweigern.

Denn klar ist: Als Anarchist*innen arbeiten wir nicht mit dem Staat zusammen, wir ordnen uns ihm und seinen Gesetzen nicht unter und wir verraten keine*n an ihn. Damit uns das gelingt, brauchen wir die Solidarität anderer. Und die sollte bedingungslos sein.

PLAKAT ZU ZIVIBULLEN IN MUENCHEN AUFGETAUCHT

Vergangene Woche ist in München ein Plakat mit Fotos von Zivilpolizist*innen, die sich den Macher*innen zufolge häufig am Rande von Demos und bei anderen Veranstaltungen bewegen aufgetaucht. Unter dem Titel „Know your Enemy“ und dem Motto „Niemand muss Bulle sein“ werben die Macher*innen dafür, dieses Plakat zu verbreiten.



FUCK JVA

Ein vier Meter langes Graffito mit einer entsprechenden Botschaft tauchte in der Nacht auf den 31. Mai am Karneidplatz auf. Die Bull*innen vom Staatsschutz veranlasste das zu umfangreichen Ermittlungen, können sie doch schließlich nicht zulassen, dass irgendeine*r ihr schönes Strafsystem abschaffen möchte. Trotzdem gelang es ihnen natürlich nicht, die*den Täter*in(nen) zu ermitteln. Tja ...

Schickt eure eigenen Beiträge, Leser*innenbriefe, Termine und Entdeckungen an zuendlumpen@riseup.net

NACHRICHTEN AUS ALLER WELT

[Freiburg] Molotovcocktails und Farbbomben für die Polizei

In der Nacht auf den 05. Juni haben in Freiburg einige Personen das Polizeipräsidium mit Molotovcocktails und Farbbomben angegriffen. Mit ihrer Aktion wenden sie sich gegen die geplante Verschärfung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg, fordern jedoch in diesem Zusammenhang auch die vollständige Abschaffung von „Polizei, Militär und Knast als Ganzes“.

[Leipzig] Bullenschweine angegriffen

In der Nacht auf den 01. Juni haben Menschen in Connewitz mehrere Bullenstreifen angegriffen. Nachdem die Bullenschweine bereits seit gut einem Monat mit erhöhter Präsenz die Bewohner*innen dieses Viertels schikaniert hatten, brachte eine er-

neute Maßnahme der Schweine das Fass zum Überlaufen. Als diese mehrfach versuchten, durch eine Menschenmenge zu fahren, die gerade einfach nur draußen den Abend genießen wollte, und eine Person entführen wollten, die sich gerade auf ihrem Fahrzeug verewigen wollte, wurden die Schweine mit Pyro, Flaschen und Steinen beworfen, sodass sich die Bull*innen vorläufig zurückziehen mussten. Natürlich kam es dann zu einem Großeinsatz, der die Leute nicht daran hinderte, im Laufe der Nacht Bull*innen immer wieder mit Steinen und Flaschen zu bewerfen und Pyro zu zünden, dabei erwischte es insbesondere noch eine Wanne in der Biedermannstraße. Die an diesen Angriffen beteiligten Anarchist*in-nen veröffentlichen folgenden Aufruf: „Verteidigen wir unsere Viertel. Bilden wir eine, zwei, drei, viele Kiezmilizen! Lasst uns die Bullen weiter angreifen!“